

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. 1948-1949 1948

110 (30.11.1948)

DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Verlag: Demokratische Verlagsanstalt mbH, Iahr (Baden), Bankkonto: Ooberrheinische Bank, Filiale Iahr, Postbankkonto 4403 Freiburg; Redaktion: Iahr, Telefon 2595 — Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Basteil, Telefon 2597
Postbankkonto Karlsruhe 224; Grobkonto Postbankkonto Rastatt; Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Offenburg, Telefon 1339 — Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Freiburg i. Br., Telefon 2763 — Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Lötzbach, Telefon 9411 — Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Samstag — Bezugspreis: DM 2.— einschließlich Trägerlohn, DM 2.50 bei Postbezug — Gültige Anzeigen- und Preisliste 4 — Telegramm-Adresse: „Neubaden“

NR 110/2 JAHRG.

AB

DIENSTAG, DEN 30. NOVEMBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

Spaltung Berlins soll endgültig werden

Eine Sondersitzung im Karlshorster Hauptquartier / Sokolowski rechnet mit Scheitern der Vermittlungsaktion · Besondere Stadtverwaltung und eigenes Parlament für Sowjetsektor

Lockerung des Außenhandels? — Eisenbahnunglück am Bodensee — Feuerwehr und Polizei gegen kranken Brandstifter

Berlin. Der sowjetische Militärgouverneur für Deutschland, Marschall Sokolowski, und andere leitende Persönlichkeiten der sowjetischen Militärverwaltung sollen sich laut Reuter für eine separate Stadtverordnetenversammlung und eine separate Stadtverwaltung im sowjetischen Sektor Berlins ausgesprochen haben. Dem Reuterbericht zufolge, der sich auf Kreise stützt, die der SMV nahesteht, sollen sie weiter beschlossen worden sein, die Beamten der gegenwärtigen Stadtverwaltung aufzufordern, das im sowjetischen Sektor gelegene Stadthaus zu räumen.

Die Entscheidung soll auf einer Sondersitzung in Karlshorst, dem Hauptquartier der SMV, getroffen worden sein. Als Termin für die Verwirklichung dieses Planes habe man zunächst den Dienstag vorgesehen, es bestehe jedoch die Möglichkeit, daß der endgültige Zeitpunkt von Sokolowski selbst festgelegt wird.

Das neue „Ost“-Stadtparlament soll sich aus den Mitgliedern der SED-Fraktion der gegenwärtigen Stadtverordnetenversammlung sowie Vertretern „demokratischer Organisationen“ wie des FDGB und der sowjetisch orientierten Splittergruppen der Berliner CDU und LDP zusammensetzen. Die neue Stadtverwaltung soll sich aus während der letzten zwei Monate von der bisherigen Stadtverordnetenversammlung entsandenen Deserteuren sowie aus von der SED zu ernennenden weiteren Mitgliedern zusammensetzen.

Eine leitende Persönlichkeit der SMV bestätigte einem Dena-Vertreter, daß am Samstagmittag alle Instanzen der sowjetischen Militärverwaltung Berlins zu einer außerordentlichen Sitzung im Hauptquartier der SMV zusammengekommen seien. Marschall Sokolowski habe in dieser Sitzung offiziell der SED und dem „demokratischen Block“ verboten, weiterhin eigenmächtige Handlungen vorzunehmen und sich die Genehmigung für jede künftige Aktion der „Blockparteien“ vorbehalten. Man wolle zunächst die Beschlüsse des Weltfriedensrates ab-

warten, bevor man die in allen Einzelheiten festgelegte Aktion gegen die Westsektoren in Gang setze. Wie weiter mitgeteilt wurde, rechnet Marschall Sokolowski mit einem endgültigen Scheitern der Besprechungen über die Berliner Frage vor der UN bis spätestens Ende der kommenden Woche. Der Zeitpunkt zum Handeln werde in dem Augenblick gekommen sein, wenn die Amtszeit der gegenwärtigen Vorsitzenden des Weltfriedensrates, Dr. Bramuglia, abgelaufen sei und die Berliner Krise voraussichtlich nicht mehr erörtert werde.

Von diesem Zeitpunkt an dürfe man auch nicht mehr vor Gewaltanwendung zurückschrecken. Mit Ablauf der geplanten Aktion werde ein bedeutender Schritt zur Verwirklichung der kommunistischen Idee in Deutschland unternommen werden. Die Kommunisten Berlins stünden, so soll Sokolowski seine Ausführungen geschlossen haben, vor einer „ehrenwerten Aufgabe“, ihnen allein sei es gegeben, „die Fahnen der Freiheit weiterzutragen“.

Zum ersten Male hatten alliierte

Kreise in Berlin es für möglich, daß eine ostzonale Regierung in der sowjetischen Zone noch vor Errichtung einer westdeutschen Regierung gebildet wird. Die Kreise, die bisher der Ansicht waren, daß die SMV aus taktischen und politischen Gründen versuchen werde, die Westmächte angesichts wirtschaftlicher Erfordernisse zur Bildung einer Regierung in Westdeutschland zu treiben, sehen in dem Befehl von Marschall Sokolowski einen entscheidenden Schritt zur Schaffung eines zentralen ostzonalen Regierungsgremiums.

Die gleichen Kreise glauben nunmehr, daß die Sowjets, nachdem sie einmal erkannt haben, daß ihre Pläne für Gesamtdeutschland nicht durchführbar sind, energisch auf die Bildung einer Ostzonaregierung hinarbeiten. Der Befehl sei ein typisch sowjetisches Manöver, unter dem Deckmantel einer anscheinend „demokratischen“ Einrichtung eine totalitäre Regierung zu errichten.

Die Kreise bezeichneten den Befehl als eine Farce, der der Unterdrückung der Bevölkerung Vorschub leistete.

Höhepunkt im Berliner Wahlkampf

Berlin beugt sich nicht dem kommunistischen Terror — Störtrupp aus dem Ostsektor

Berlin. Der von der SPD, CDU und LDP seit Anfang November geführte Berliner Wahlkampf erreichte am Sonntag seinen bisherigen Höhepunkt. In etwa fünfzig Wahlversammlungen in allen Bezirken der Westsektoren stellten sich die Kandidaten der drei demokratischen Parteien der Berliner Bevölkerung vor und forderten sie auf, durch Mut und Entschlossenheit Berlin die Legitimation zu geben, künftig freie Hauptstadt eines freien Deutschlands zu sein. Gleichzeitig solle der ganzen Welt durch ausschließliche Wahlbeteiligung gezeigt werden, daß Berlin nicht bereit sei, sich dem kommunistischen Terror zu unterwerfen und daß die Stadt das Vertrauen der Welt in ein neues Deutschland rechtfertige.

Mehrere namhafte westdeutsche Politiker griffen am Sonntag in den Wahlkampf ein, um, wie sie betonten, die schicksalhafte Verbundenheit Westdeutschlands mit Berlin zu bekunden. Sämtliche Redner wiesen übereinstimmend auf den unvergleichlichen Freiheitskampf der Berliner Bevölkerung hin und erklärten, daß Berlin unumstritten zum Sitz der künftigen deutschen Regierung bestimmt sei.

Professor Dr. Theodor Heuß, der Fraktionsführer der Freien Demokratischen Partei im Parlamentarischen Rat, vertrat die Ansicht, die Entscheidung der Berliner Bevölkerung bei den Wahlen sei der Ruf des gesamten deutschen Volkes nach Freiheit, Recht und Selbstverwaltung. Der Wille Berlins, die Freiheit um jeden Preis zu verteidigen, hat nach seiner Meinung der Welt gezeigt, daß die Deutschen ihre Freiheit wohl zu verteidigen wissen, wenn sie nicht — wie einst — im entscheidenden Augenblick im Stich gelassen werden.

Wahlenthaltungsparolen der Sedisten

Die SED, die eine Beteiligung an der vom Stadtparlament beschlossenen Wahl am 5. Dez. abgelehnt hat, verschärfte in den letzten Tagen ihre Antiwahlpropaganda. Die SED-Redner sprechen auf ihren Veranstaltungen häufig Drohungen gegen die Westberliner aus, die darauf hindeuten, daß unter Umständen noch vor dem 5. Dezember Maßnahmen der SED unter Billigung der SMV zu erwarten sind. Ferner entsetzt sie Störtrupps in die Wahlversammlungen der demokratischen Parteien, die durch Zwischenrufe, Absingen von Liedern und andere Maßnahmen den Verlauf der Versammlungen stören sollen.

Informierte Kreise der Berliner SED-Landesleitung und des „Demokratischen Blocks“ berichten am Sonntag, daß Mitte kommender Woche der Berliner Bevölkerung ein Ultimatum gestellt werden soll, sich nicht an den Wahlen am 5. Dezember zu beteiligen. Werde trotz dieser Warnung gewählt, so trage die Bevölkerung für die kommende Entwicklung.

Zwischenfall in der Schwennicke-Versammlung

Zum ersten Zwischenfall kam es in einer LDP-Versammlung in Berlin-Wedding, als Zwischenrufer, die sich teilweise des sächsischen Dialektes bedienten, den ersten Vorsitzenden des LDP-Landesverbandes Berlin, Carl Hubert Schwennicke, aufforderten, über die Berliner Kohlen- und Kartoffelversorgung zu sprechen. Unter Absingen der Internationale verließen etwa 150 Personen den Saal, wobei es verschiedentlich zu Schlägereien kam. Die Polizei konnte nach 20 Minuten die Ruhe wiederherstellen. Zwischenrufer, die im weiteren Verlauf der Versammlung Schwennicke einen „Kriegshetzer“ nannten und seine Ausführungen mit „amerikanischer Söldling“ kommentierten, wurden von der Polizei einzeln aus dem Saal entfernt.

Bramuglias letzter Versuch

Westmächte und Sowjetunion beantworten den Fragebogen — Unveränderte Gegensätze Neuer Vermittlungsversuch

Paris. Der Vorsitzende des Sicherheitsrates, Dr. Juan Bramuglia, beriet den ganzen Sonntagmittag mit den sechs neutralen Mitgliedern des Rates über eine Lösung der Berliner Frage. Bramuglia wird den vier Besatzungsmächten seine letzten Vorschläge für eine mögliche Lösung unterbreiten, von denen man annimmt, daß sie einen stufenweisen Abbau der Blockade bei einer damit „parallel laufenden“ Reform des Berliner Währungssystems vorsehen.

Die Veröffentlichung der von den vier Großmächten auf den Fragebogen Bramuglias erteilten Antwort hat keine wesentlich neuen Elemente ergeben. Diese Antwort entsprach im großen und ganzen dem, was darüber bekannt geworden ist. Rußland klammert sich an das Moskauer Abkommen vom 23. August, während die Westmächte — und besonders die Vereinigten Staaten — der Ansicht sind, daß dieses Abkommen durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse in Berlin überholt sei. In der gemeinsamen Antwort der Westmächte heißt es u. a.: Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Ausübung einer einheitlichen Viermächtekontrolle in einer Stadt, in der die seinerzeit geschaffene Viermächteverwaltung auf vielen Gebieten nicht mehr funktioniert und von Tag zu Tag problematischer wird, in der Praxis erheblichen Schwierigkeiten begegnet.

Die Westmächte haben in ihrer Antwort offenbar an die Situation gedacht, die nach den in den Westsektoren Berlins stattfindenden Gemeindevahlen vom 3. Dezember eintreten könnte. Zwei Stadtverwaltungen, eine für die westlichen Sektoren und eine für den östlichen Sektor, würden die endgültige Spaltung und sozusagen das Auseinanderfallen Berlins in zwei Teile zur Folge haben. Dem Sicherheitsrat stehen darum nur noch wenige Tage zur Verfügung, um eine Lösung des Berliner Konfliktes zu finden.

Einer die noch bestehenden Aussichten der Vermittlungsaktion Bramuglias ist man in

Kreisen der Vereinten Nationen zur Zeit einigermaßen pessimistisch. Die Veröffentlichung der Antworten auf den Fragebogen hat noch einmal in klarem Licht gerückt, wie unverändert groß der amerikanisch-russische Gegensatz ist und welches Mißtrauen auf beiden Seiten fortbesteht. Ueber das Prinzip einer Einführung der Ostmark in ganz Berlin unter Viermächtekontrolle bei gleichzeitiger Aufhebung der Blockademaßnahmen ist man sich seit langem einig. Die Westmächte wollen jedoch nicht der von den Russen suggerierten Währungsreform zustimmen, die diesen ein solches Übergewicht und einen solchen Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiet in ganz Berlin geben würde, daß die Anwesenheit der Westmächte nur noch einen rein symbolischen Charakter hätte. Sie denken nicht daran, sich hinausspannend zu lassen und die westlichen Sektoren Berlins in dieser Weise im Stich zu lassen. Das ist der Grund, weshalb sie die geplante Währungsreform mit ausreichenden Garantien umgeben wollen.

Bramuglia wird trotz allem einen letzten Versuch machen, um in der Berliner Währungsfrage eine Kompromißlösung zu finden. Die neutralen Mitglieder des Sicherheitsrates haben die auf den Fragebogen Bramuglias eingegangenen Antworten sorgfältig studiert und eine neue Formel ausgearbeitet. Man glaubt, daß der Präsident des Sicherheitsrates diese neue Kompromißformel den vier Großmächten zuleiten und sie einladen wird, ihm ihre Ansicht hierüber mitzuteilen. Der Sicherheitsrat könnte alsdann erneut zu einer Vollversammlung zusammenzutreten.

Bramuglia sieht sich zu einer gewissen Eile verpflichtet, da seine Funktionen als Präsident des Sicherheitsrates am 1. Dezember ablaufen und er alsdann durch den belgischen Delegierten van Langenhove abgelöst wird. Er hat die Absicht, sich nach Niederlegung eines Amtes für einige Tage nach Rom zu begeben.

Unterm Seziermesser der Politik

Den beginnenden Advent als Auftakt sinnlicher Sammlung zu begreifen, wie es dem deutschen Gemüt gemeinhin entspricht, ist uns in diesem Jahre nicht vergönnt. Nicht als ob dies nun an unserer Unfähigkeit läge, über Dogmen, Prinzipienreiterei und Alltagsorgen hinweg zueinander zu finden, sondern weil, nachdem wir den unseligen Krieg verloren, die Sieger bis jetzt den Frieden verloren haben. In Berlin, dessen Westsektoren am kommenden Sonntag das neue Stadtparlament wählen, hat der Wahlkampf seinen Höhepunkt erreicht, gleichzeitig aber tobt auch der Entscheidungskampf der früheren Alliierten um die ehemalige Reichshauptstadt. Nach Eingang der Antworten der Westmächte und der Sowjetunion auf Bramuglias Fragebogen haben die letzten Versuche zur Überbrückung der nach wie vor bestehenden Gegensätze eingesetzt, aber kein Mensch glaubt mehr, daß ihnen ein Erfolg beschieden. Und gerade in diesem Augenblick scheint für Berlin die Schoneitz abzulaufen, die man ihm vor der Vivisektion versprochen, dem chirurgischen Eingriff ins lebende, zuckende Fleisch.

Eben erst wurden Pläne der sowjetischen Behörden bekannt, den S-Bahn-Verkehr in den Westsektoren stillzulegen. Schon hat der kommunistische Präsident der Reichsbahndirektion Berlin die Dienststellenleiter, Bahnhofsvorsteher und Bahnmeister zu sich befohlen und ihnen mitgeteilt, daß auf ein bestimmtes Stichwort hin sämtliche Betriebsstellen der Reichsbahn aus den Westsektoren zu verlagern seien. Wer die Berliner Verhältnisse und die Bedeutung der Berliner S-Bahn für den Ring- und Durchgangsverkehr auch nur einigermaßen kennt, ist sich ganz klar über die weittragenden Folgen für das gesamte Berliner Wirtschaftsleben und die neuen Härten, die eine Stilllegung für die ganze Bevölkerung bringen müßte. Die unabwendbaren Folgen werden den Osten genau so in Mitleidenschaft ziehen wie den Westen, zumal auch die amerikanische Militärregierung bereits Gegenmaßnahmen in Erwägung zieht. Diese Spaltung geht aber keineswegs nur durch die Verkehrseinrichtungen, sie soll nach der jüngsten Befehlsgabe im Karlshorster Hauptquartier der sowjetischen Militärregierung auch mitten durch die Berliner Stadtverwaltung gehen.

Wenn die Pläne des Marschalls Sokolowski Form gewinnen, dann hat die Unglücksstadt an der Spree zwei Stadtverordnetenversammlungen und zwei Stadtverwaltungen, eine für Berlin und eine für — Berlinograd. Daß dieser Schritt mit Demokratie nicht das Gerینگste zu tun hat und man sich auch gar nicht die Mühe macht, ihn damit verbämen zu wollen, geht handgreiflich aus der Meinung des Marschalls hervor, daß mit dem Scheitern der Vermittlungsversuche zur Lösung der Berliner Krise und dem Ablauf Bramuglias der Zeitpunkt für das Handeln und für Gewaltanwendung gekommen sei. Es ist reine Spiegelfechtelerei, wenn der sedistische Präsident des Brandenburgischen Landtags, Friedrich Ebert, der soeben von einer Reise nach Moskau zurückkehrt ist, vor Berliner Arbeitern erklärte, der Grund für die Spaltung Berlins liege in der „Teilung der Welt in zwei Lager“, nämlich in die „Friedenkräfte“ und die amerikanischen Kapitalisten, denn so wenig politische Logik darf man gerade dem Berliner Arbeiter nicht zumuten. Die Dinge werden auch durch die Erklärungen nicht wahrer, die der stellvertretende sowjetische Oberbefehlshaber in Deutschland, Generalleutnant Michail Dratwin, zum Wochenende abgab. „Die Untätigkeit und der Zerfall des gegenwärtigen Berliner Magistrats“ hätten die Stadt in eine schwierige Lage gebracht, die britischen und amerikanischen Behörden die einheitlichen Verwaltungsorgane beseitigt und einen separaten Magistrat für die Westsektoren geschaffen. Warum es am 5. Dezember zu den behaupteten „separaten Kommunalwahlen“ kommen mußte, ist in dem eindeutigen Wunsch der SED begründet, die mit Recht eine kommunistische Niederlage befürchtet und ihren Wunsch mit Störung gespenstlicher Wahlversammlungen unterstreicht, den Wahltermin auf bessere Zeiten zu verschieben.

Wohin die Dinge nach sowjetischem Wunsche treiben, zeigt am klarsten der am Samstag von Marschall Sokolowski erlassene

Befehl über die Erweiterung der „Deutschen Wirtschaftskommission“ von 36 auf 101 Mitglieder, die sich aus Vertretern der Einheitspartei, der mit dieser in der Ostzone zusammenarbeitenden Parteien und der sog. „demokratischen“ Organisationen befehlsgemäß rekrutieren müssen. Damit wird diese Wirtschaftskommission in drei Wochen zur Gesetzgebenden Versammlung und zur Ostzonenregierung ausgeweitet sein, so daß Berlin und Deutschland endgültig auseinandergefallen sind. Ein Wurm, den man in der richtigen Proportion zerschneidet, kann in seinen Teilen zwei getrennte Leben führen, ein Volk aber, das das Messer politischer Chirurgen trennt, verblüht im deutschen Volk geht die Angst um, in diesem Advent schlage eine Schicksalsstunde Europas.

Ausweitung des Jedermann-Programms?

Freiburg. Der Exportbeirat in Südbaden hat auf seiner letzten Sitzung beschlossen, ca. 130 000 Dollar aus dem im ersten und zweiten Quartal 1948 angefallenen Devisenüberschuss für das Jedermann-Programm zur Verfügung zu stellen. Es ist hierbei daran gedacht, die Hälfte dieses Betrages dem Textilprogramm und die andere Hälfte dem Schuhprogramm zuzuführen. Beim Textilprogramm wird dadurch die Möglichkeit gegeben, gewisse Ergänzungen des bereits in Durchführung befindlichen Programms vorzunehmen, während auf dem Ledersektor durch zusätzliche Rohstoffimporte etwa 50 bis 55 000 Paar Schuhe anfallen werden, die zu der normalen Schuh-Produktion des Verbilligungsprogramms in Südbaden noch hinzukommen.

Arzt-Niederlassungsrecht in Südbaden

Freiburg. Der zentrale Niederlassungsausschuß bei der Landesärztekammer in Südbaden wurde sich auf seiner letzten Sitzung darüber einig, sämtlichen vor dem 1. Januar 1943 approbierten Ärzten die Niederlassungsgenehmigung durch die Landesärztekammer zu erteilen, unter der Voraussetzung, daß sie Wohnung und Einrichtungen nachweisen können, die den Mindestanforderungen für die Praxisausübung genügen. Den Bezirksärztekammern steht ein Vetorecht gegen beachtliche Niederlassungen zu. Der zentrale Niederlassungsausschuß soll jedoch als Berufungsinstanz in den Fällen entscheiden, in denen eine Einigung zwischen den Ansprüchen des Niederlassungssuchenden und der Ablehnung durch die Landesärztekammer oder durch die örtliche Bezirksärztekammer nicht erzielt werden konnte.

Dieser in Südbaden augenblicklich geltende, Zustand der „halbfreien Niederlassung“ dürfte in absehbarer Zeit zur freien Niederlassung überleiten, für die sich der 51. Deutsche Aerztetag grundsätzlich ausgesprochen hat unter der Voraussetzung, daß die Freigabe in den drei Westzonen gleichzeitig erfolgt, die Vorschriften der Reichsärzteordnung über die Sperrung überbesetzter Bezirke weiter angewendet und Vorkehrungen dagegen getroffen werden, daß die Freigabe der Niederlassungen einen weiteren Ansturm aus der Ostzone bewirkt.

Postpakete für Weihnachten

Rastatt. Die Deutsche Post der französischen Zone bittet erneut darum, Weihnachtspakete nach Möglichkeit bis spätestens 6. Dezember einzuliefern. Sie erinnert ferner an die Notwendigkeit dauerhafter Verpackung der Pakete und die Anbringung der Postleitzahl auf Paketen und Paketkarten. In der Zeit vom 18.—20. Dezember sollte auf die Forderung der Sonderbehandlung als dringendes Paket abgesehen und auf die Verwendung von Leertag verzichtet werden.

Tausende von Gefangenen hinter Stacheldraht

Sachsenhausen — russisches Konzentrationslager

Die Zeit der Konzentrationslager hat in Deutschland nicht aufgehört. Namen wie Buchenwald, Sachsenhausen, Neustrelitz, Bautzen und Torgau — um einige zu nennen — existieren noch als Begriff „Konzentrationslager“. Nur haben die Insassen gewechselt. Heute sind in diesen Lagern russische Gefangene eingesperrt, Menschen, die die Russen hinter Stacheldraht gesetzt haben, weil sie sich gegen den Kommunismus äußerten.

Eine sachliche Schilderung aus dem Lager Sachsenhausen, die kürzlich in einer schwedischen Zeitung erschien, gibt ein erschreckendes Bild über die Zustände in diesem russischen Konzentrationslager. Als die Russen nach dem Fall von Berlin das Lager eroberten, fanden sie hier 6 000 Gefangene vor. Die Russen ließen die Baracken stehen, bauten noch ein ganzes Teil neue, und heute hat Sachsenhausen über 18 000 Gefangene. Davon sind über 1000 Frauen und Kinder, letztere zwischen 3 und 14 Jahren. Viele der Frauen sind zu 15—20 Jahren Strafarbeit verurteilt. Das Lager Sachsenhausen ist ein „Zentrallager“. Hier werden zunächst die Gefangenen gesammelt, um dann „weiterverurteilt“ zu werden. Oft geht der Weg nach Sibirien — und das bedeutet, daß die Gefangenen die Heimat wohl nie wiedersehen. Die sanitären Verhältnisse sind äußerst primitiv. Kein Wunder, daß in der Krankenabteilung über 2 000 Menschen liegen, obwohl mindestens die doppelte Anzahl Krankenpflege haben müßte. Die Ärzte sind deutsche Gefangene, denen nur die primitivsten Hilfsmittel zur Verfügung stehen. Man hat nur ganz wenig Verbandmaterial und wenige chirurgische Instrumente. Auch fehlt es an der notwendigsten Medizin. Die Sterblichkeitsziffer ist deshalb außerordentlich hoch. Skorbut und Tuberkulose for-

Demontage gefährdet Aufbau Europas

Telegramm des württ.-badischen Landtags an Truman

Stuttgart. Der württemberg-badische Landtag beauftragte in seiner letzten Sitzung einstimmig seinen Präsidenten, den amerikanischen Präsidenten Truman um Aufhebung der Demontagebefehle in der US-Zone zu bitten. Anlaß zu dieser Entscheidung gab ein Bericht des Wirtschaftsministers Hermann Veit über die Demontage in Württemberg-Baden, die insgesamt 38 Betriebe umfasse, von denen neun als Rüstungsbetriebe angesehen werden. Die Frage des Abbaus der letzten fünf Betriebe wird noch von den Kommissionen des Europa-Hilfsplanes geprüft. Wirtschaftsminister Veit betonte nachdrücklich, daß Westdeutschland nach Auffall der demontierten Industrie-

unternehmen nicht in der Lage sei, die ihm im Rahmen der Europa-Hilfe zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Landtagspräsident Keil bezeichnete die Demontage von weltwirtschaftlichen und europäischen Standpunkt aus als widersinnig.

Präsident Truman bat am gleichen Tage Präsident Truman in einem Telegramm, den erneuten Demontage-Befehl in der US-Zone unverzüglich aufzuheben. Keil wies darauf hin, daß der Landtag in der Stillelegung oder Einschränkung der lebenswichtigen Betriebe der Friedensproduktion eine Gefährdung des Aufbaus Europas mit Hilfe des Marshall-Planes erblicke.

60 Obdachlose durch Wahnsinnstat

In der Dachkammer des brennenden Hauses verschätzt — Feuerwehr und Polizei mit Schußwaffe bedroht

Goslar. Der lungenkranke 34jährige Wilhelm Kraus aus Goslar setzte dieser Tage ein Geschäftshaus und ein Wohnhaus in Goslar in Brand und tötet sich nach Ausführung seiner Tat, durch die über 60 Menschen obdachlos wurden, durch Kopfschuß.

Wie die städtische Polizei hierzu weiter mitteilte, hatte sich Kraus gewollert, eine Lungenheilanstalt aufzusuchen. Mit einer größeren Menge gestohlenem Benzin entzündete er sein Wohnhaus und ein an sein Grundstück grenzendes Geschäftshaus und verschänzte sich in einer Dachkammer des brennenden Hauses. Feuerwehrleute und Polizisten, die ihn retten wollten, bedrohte er mit der Schußwaffe. Später verübte er Selbstmord. Seine Leiche wurde nach Löschung des Brandes verkohlt in den Trümmern gefunden.

Zwei Güterzüge zusammengestoßen

Konstanz. Im Bahnhof Sipplingen auf der Bodensee-Gürtelbahn überfuhr ein Güterzug das Haltesignal und stieß auf einen im Bahnhof haltenden Güterzug auf. Beide Lokomotiven wurden schwer beschädigt und etwa 15 Wagen zertrümmert. Vom Zugpersonal wurden 7 Mann verletzt, darunter 1 Person schwer. 2 Mann liegen noch unter den Trümmern.

Prozeß um KZ Offenburg

Rastatt. Vor dem Gericht I. Instanz zur Aburteilung von Kriegsverbrechen in Rastatt hatten sich Albert Rinkel, amerikanischer Staatsbürger, der seit seinem 3. Lebensjahr in Deutschland lebt, und der aus Königsberg stammende Oskar Alex zu verantworten. Beide waren Kapos im Konzentrationslager Offenburg, das ein Durchgangslager darstellte, und hatten Häftlinge, die sich jeweils 3 Wochen dort aufhielten und dann in andere Lager kamen, schwer mißhandelt. Rinkel war von 1940 bis 1945 in Offenburg, nach seinen eigenen Angaben als politischer Häftling, weil er sich geweigert hätte, in die deutsche Wehrmacht einzutreten. Alex befand sich seit 1944 dort, weil er, wie er angibt, antinazistische Flugblätter verteilt habe. Sämtliche Belastungszeugen beschuldigten Rinkel als den grausamsten Menschen des Lagers, und er selbst gab zu, immer dann geschlagen zu haben, wenn verschiedene Häftlinge vor der allgemeinen Essensausgabe sich selbst Essen geholt hätten. In dem genannten Lager sollen nach

Zeugenaussagen 38 Personen getötet worden sein. Bis jetzt konnte jedoch der Tatbestand noch nicht geklärt werden. Die Verhandlung wurde wegen Fehlens verschiedener Entlastungs-Unterlagen und Ausbleibens von Entlastungszeugen, die jedoch noch verhört werden sollen, auf unbestimmte Zeit verlagert.

Von betrunkenem Russen erstochen

Frankfurt. Der 53jährige deutsche Dachdecker Kurt Bäumler wurde nach einer Mitteilung des Polizeipräsidiums in der Selektenschule, in der deutsche Flüchtlinge, DP's und sonstige Ausländer untergebracht sind, von einem betrunkenen Russen, dem 25jährigen Alexander Klimenko, erstochen. Der Täter wurde verhaftet und der amerikanischen Militärpolizei übergeben.

Nebel behindert Luftbrücke

Berlin. Infolge starken Nebels, der in 150 bis 200 Meter Höhe über allen Luftbrücken-Flugplätzen der britischen Zone und über Berlin liegt, mußte der Flugverkehr zwischen Gatow und der britischen Zone am Sonntag eingestellt werden. In Tempelhof wird der Betrieb mit Hilfe von Bodargeräten für Flugzeuge aus Frankfurt und Wiesbaden aufrechterhalten.

Versuchsanstalt wird gesprengt

Kiel. Der unwiderrufliche Beschluß der britischen Militärregierung, die Torpedo-Versuchsanstalt Zirndorf am 7. Dezember zu sprengen, wurde der Landesregierung Schleswig-Holstein übermittelt. Von der Sprengung sind lediglich einige Gebäude ausgenommen, die den deutschen Behörden vorübergehend zu Wohnzwecken zur Verfügung gestellt wurden. Die Unterbringung von Industriewerken in den Gebäuden der Versuchsanstalt, heißt es in dem Beschluß, sei nicht diskutabel. Protestaktionen seien zwecklos.

Lindauer Oberbürgermeister gewählt

Lindau. Der neue Gemeinderat der Stadt Lindau nahm in seiner ersten Sitzung die Wahl des Bürgermeisters und seiner Stellvertreter sowie der Beigeordneten und der Ausschüsse vor. In geheimer Abstimmung wurde der bisherige Oberbürgermeister, Geheimrat Dr. Walter Frisch, mit 16 von 20 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Zeitgeschehen — kurz berichtet

Bauern fordern Senkung des Weizenbrotpreises. Auf der Mitgliederversammlung des württemberg-badischen Bauernverbandes in Heidelberg forderten die Bauern eine Senkung des Weizenbrotpreises. Es wurde darauf hingewiesen, daß Weißbrot in der französischen Zone 56 und in der amerikanischen Zone 70 Pfennig kostet. Die Handelsspannen sollten nunmehr erneut überprüft werden. Es sei festgestellt worden, daß zwei Milliarden D-Mark auf die Handelsspannen kämen, wovon eine Milliarde auf die Bäcker entfalle und eine Milliarde sich auf Handel, Transport und Steuern verteilte. Wenn diese Spannen nicht in Kürze revidiert würden, so würden die Bauern zur Selbsterstellung von Brot auf gemeinschaftlichem Wege übergeben.

Kriegsgefangenen-Rückkehr aus Rußland stockt. Der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl erklärte, daß sich noch etwa 300 000 ehemalige Wehrmachtangehörige in den Kriegsgefangenenlagern der Sowjetunion befinden. Grotewohl teilte ferner mit, daß der Rücktransport der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion infolge ungünstiger klimatischer Verhältnisse vorübergehend unterbunden werden könne.

Die endgültige Satzung der Landesärztekammer ist vom Badischen Ministerium des Innern genehmigt worden. Als Berufsorganisation der Ärzteschaft der französisch besetzten Zone Badens ist sie eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die der Dienstaufsicht des Innenministeriums untersteht.

Die Arbeitsgemeinschaft für das Schmiedewerk hält am 10. Dezember in Gengenbach eine Tagung für alle Westzonenländer ab.

Senator Taft in Frankfurt

Für Lockerung der Außenhandelsbestimmungen

Frankfurt. Der amerikanische Senator Robert A. Taft, Vorsitzender des Politischen Ausschusses der Republikaner im amerikanischen Senat, traf am Sonntagmorgen aus der Schweiz kommend in Begleitung seiner Gattin auf dem Frankfurter Hauptbahnhof ein. Vor Pressevertretern erklärte er, er werde sich für eine Lockerung der Außenhandelsbestimmungen für die Westzonen einsetzen. Er habe nach seiner Ankunft bereits mit General Adcock, dem Leiter des Zweimächtekontrollamtes, und mit Mr. Logan, dem Direktor der Jeta, gesprochen, um sich über die Lage in Deutschland zu informieren.

Washington. Der Präsident des Industrie-Ausschusses des ECA, George Humphrey, hat am Freitag seine Deutschlandreise angetreten, um an Ort und Stelle darüber zu entscheiden, welche Fabriken erhalten bleiben und weiterarbeiten sollen, um zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas beizutragen.

Wieviel Kalorien erhalten wir?

Frankfurt. Die täglichen Normalverbraucherportionen betragen nach einer Mitteilung des Zweizonen-Verwaltungsrates in den Westzonen gegenwärtig 1850, in Berlin 1832 und in dem französischen Besatzungsgebiet 1834 Kalorien. Bei dieser Berechnung wurde zugrunde gelegt, daß die Westzonenbevölkerung je Kopf und Monat zusätzlich 15 kg Kartoffeln erhält, während die Lebensmittelversorgung der Westsektoren Berlins wegen der Transportbeschränkungen voluminmäßig erheblich geringer ist. Ferner ist zu beachten, daß in Berlin Obst und Gemüse fast gar nicht zur Ausgabe gelangen kann.

Frankreich für europäisches Parlament

Paris. Frankreich wird dem in Paris tagenden Westunionausschuß für europäische Einheit zu Beginn dieser Woche ein Memorandum unterbreiten, in dem die Schaffung eines europäischen Parlaments vorgeschlagen wird.

Sowjetische „Beute“-Ansprüche

Wien. In der Sitzung des Alliierten Rates in Wien gelangte ein Schreiben des österreichischen Bundeskanzlers Ingenieur Figl zur Verlesung, in dem auf die schwere Krise hingewiesen ist, denen sich die österreichische Bundesbahn durch den Abtransport der 5000 Waggon gegenübersehen, die als „Beutegut“ von den Russen beansprucht werden. Der russische Hochkommissar lehnte es ab, an einer Debatte über diesen Brief teilzunehmen. Die Westmächte verurteilten in ihren Erklärungen die Handlungsweise der russischen Besatzungsmacht, da sie den Wiederaufbau Österreichs gefährde. Der französische Hochkommissar, General Bethouart, wies darauf hin, daß das von den Russen angeforderte Eisenbahnmateriale nicht unter dem Begriff „Beutemateriale“ falle. Die russischen Ansprüche würden ferner gegen den Artikel 53 g der Haager Landkriegsordnung verstoßen.

Einheitliche Meisterprüfung für die drei Westzonen? Der Arbeitsausschuß des Berufsbildungsausschusses der Arbeitsgemeinschaft des Handwerks für das vereinigte Wirtschaftsgebiet, dem in der französischen Zone die Handwerkskammern Mainz und Freiburg angehören, beriet in Oppenheim eine einheitliche Meisterprüfung für alle drei Westzonen. Wie verlautet, hat die Aussprache zu einer grundsätzlichen Einigung geführt.

„Das stinkende Dorf.“ Im Dorf Waldalgesheim in Rheinheessen ist der südliche Teil infolge der Ausbeutung der Manganzugruhe erneut gesunken. Nachdem bereits vor Jahren die evangelische Kirche abgetragen werden mußte und inzwischen durch einen Neubau ersetzt wurde, ist nun die Erhaltung der katholischen Kirche in Frage gestellt.

Rätsel der Telepathie. Der Telepath und Experimentalpsychologe Nens Kara, der Experimentalabende im Städtischen Konzerthaus in Karlsruhe veranstalten wird, hat bereits ein Straßen-Experiment ähnlich dem in Hamburg mit Hans Albers durchgeführt. Der Schauspieler Heinrich Wildberg vom Badischen Staatstheater wurde von zwei Journalisten und zwei Kriminalbeamten auf Umwegen an einen unbekanntem Ort gebracht. Nens Kara, der die versteckte Person nicht kannte, folgte ihr eine halbe Stunde später mit den zwei Journalisten als telepathischen Medien im Wagen. Nach kurzer Zeit fand er die Spur und entdeckte den Schauspieler.

Wil Dohm, der bekannte Schauspieler, ist am Sonntag in einem Münchner Krankenhaus verstorben.

DAS NEUE BADEN

Verantwortlicher Redakteur: Günter Admann
Anschr. des Besatz.: Lehrschw., Postl. 606, Tel. 2380
Verlag: Demokratische Verlagsanstalt, Lehrschw.,
Druck: Moritz Schwanenburger, Lehrschw. — R. & H. Greiser, Rastatt (Baden) — Südwestdruck S. G. Gierach. — A. Hoff & Cie., Ortenburg (Baden).

DER HEIMATSPIEGEL

Die Arbeitsmarktlage in Südbaden

Freiburg. In den Mitteilungen der Direktion Arbeit im Ministerium der Wirtschaft und Arbeit gibt Regierungsdirektor Weiz einen Überblick über die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Baden seit der Währungsreform. Danach ist diese Entwicklung günstiger verlaufen, als man angenommen hatte, da ungesättigt aller Schwierigkeiten die Belegschaftszahlen im ganzen nicht nur gehalten wurden, sondern sich um nahezu 12.000 auf 309.965 vermehrt und damit fast den Stand von 1938 erreicht (315.087). Seit der Währungsreform ist die Arbeitsleistung in den Betrieben durchweg intensiver geworden. Während also der Arbeitsmarkt der Lohnempfänger in Baden eine beruhigende Festigkeit zeigt, kann dies vom Arbeitsmarkt der Angestellten nicht gesagt werden. Die Ursache hierfür liegt im Abbau bei den Behörden und auch in der Wirtschaft, eine Entwicklung, die hier und bei den künstlerischen Berufen noch nicht abgeschlossen ist. Die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes sieht im Zeichen eines zunehmenden Kräftebedarfs, der sich schon jetzt im eigenen Bezirk nicht mehr überall decken läßt. In gewissen Kreisen scheint neuestens sich wieder eine zunehmende Arbeitslosigkeit einzustellen, die den Mangel an Arbeitskräften verschärft. Die Beförderungen für die Beschäftigungsmöglichkeiten der Schwerbeschädigten haben sich dank der intensiven Bemühungen der Arbeitsverwaltung und des Verständnisses der Wirtschaft als unbegründet erwiesen. Die Zahl der arbeitsuchenden Schwerbeschädigten erreichte Ende Oktober mit 636 den niedrigsten Stand des Jahres. Die planmäßige Anstellung von ledigen und verheirateten Facharbeitern in Baden ist durch das Landesarbeitsamt beobachtet. Durch Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Umsiedlung sollen die Berücksichtigung der arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkte gesichert und die Fehler vermieden werden, die bei den Umsiedlungen in anderen Ländern gemacht wurden.

Geschäfte planen Weihnachtswerbung

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der in der Edeka vereinigten Freiburger Drogerien, Lebensmittel- und Kolonialwarengeschäfte behandelte neben einer Reihe wichtiger Einzelfragen die Bedeutung der pflichtigen Schaufenstergestaltung und Werbung für die Mitgliederfirmen. Nach einleitenden Worten des Aufsichtsratsvorsitzenden Vierlinger kamen Werbefachleute zu Wort, deren Anregungen und Vorschläge dazu führten, daß die Beteiligung aller Freiburger Mitglieder an einer gemeinschaftlich gestalteten Weihnachtswerbung in den Schaufenstern der Geschäfte beschlossen wurde.

Neustädter Stadtchronik

Neustadt. Ein Brand im hiesigen Rathaus konnte von einigen Feuerwehrleuten gelöscht werden. Größerer Schaden entstand nicht. — Franz Engelhart, Schillerstraße 10, hat in Baden-Baden die Küchenmeisterprüfung mit gutem Erfolg bestanden. — Im Balzenwald ist zum Wochenanfang infolge Unachtsamkeit der Halbhauer eine Holzhauerhütte abgebrannt. — Im Gasthaus „Hirsch“ fand eine Tagung des Verbandes der Körperbeschädigten, Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen statt, bei der Kreisvorsitzender Steinle, Schuchae, Landrat Dr. Ballweg für seine Unterstützung den besonderen Dank aussprach. Herr Bauer vom Landesvorstand referierte über die Ziele des Verbandes, der heute schon 30.000 Mitglieder umfaßt. Zur Frage der Arbeitsvermittlung der Schwerbeschädigten sprach der Leiter des Arbeitsamtes Neustadt, Herr Braunets. Die Vermittlung beruht im Kreis Neustadt infolge unangünstiger Verhältnisse ungewöhnlich großer Schwierigkeiten. Die Verbandsmitglieder wurden auch auf die Möglichkeiten von Steuerermäßigungen hingewiesen. Der Neustädter Eiferer hielt am Dienstagabend seine erste Sitzung ab und schiedene Pläne für die kommende Fastnacht. Man wählte für ausschließliche Mitglieder neue Kräfte in den Narrenrat, bildete einige Kommissionen und lernte in großen Zügen ein Veranstaltungsprogramm fest. So wird der bekannte Neustädter Bürgerball (Ne-Bu-Ba) am 19. Februar seine Auferstehung feiern, der große Kinderumzug am schmutzigen Donnerstag findet wieder statt, ein allgemeiner Umzug am Fastnachtsanfang oder -montag und auch die Narrenzucht wird wieder erscheinen. Alle närrischen Neustädter sind jetzt schon aufgefordert mitzuhelfen, damit es eine reibende Fastnacht werden kann. Junge Leute werden zum Aufstellen der Büree- bzw. Plätzlergarde und zur Rekrutierung der Rangengarde benötigt.

Großübung der Feuerweh

Dittishausen. Das ganze Dorf war auf den Beinen, die Glocken läuteten Sturm und Hupen riefen die Wehrmänner auf ihre Posten. Glücklicherweise hatte man den Großbrand nur angenommen, so daß der ganze Umtrieb mehr einen Volksfest gleichkam. Kreisbrandmeister Denn, Neustadt, hatte zusammen mit dem örtlichen Wehrleiter Schroep einen Plan ausgearbeitet, der vorsah, daß durch Kurzschluss das Gasthaus „Zum Pöble“ und etwa 6 weitere Gebäude durch Fliesende in Flammen standen. Die kleine Ortswehr, die früher 60 Mann umfaßte und heute auf 9 Mann reduziert werden mußte, konnte das Besondere nicht mehr eindämmen. Man rief daher die Motorlöschzüge in Löfthagen, Neustadt und St. Blasien zu Hilfe und wies sie zur Brandbekämpfung ein. Kreisbrandmeister Denn wollte mit dieser Großübung ermitteln, welche Zeit vergeht, bis einem Landort wirksame Hilfe gebracht werden könne. Er ging daher bewußt von der Anordnung ab, die Wehren zur Herbstschlußübung in der Kreisstadt zu konzentrieren. Es stellte sich heraus, daß trotz größter Eile 45 Minuten verinsien, bis der erste auswärtige Löschzug eintrafen konnte. Daraus ergibt sich, daß eine kleine Gemeinde wie Dittishausen eine Klein-Motorspritze bekommen muß, denn mit den jetzt noch im Gebrauch befindlichen Handfeuerlöschen ist jede Hilfe wirkungslos. Bei einem kameradschaftlichen Beisammensein ergriff Landesbrandmeister Eberhard das Wort und erwähnte den munteren Ablauf der Übung, betonte aber auch, daß kleinen Gemeinden eine Kleinmotorspritze zugestanden werden müsse.

Vom Hilfswerk der Evangelischen Kirchen

Appell an die Gebefreudigkeit der Bevölkerung

Das „Hilfswerk der Evang. Kirchen“ entstand aus dem Wunsche, die durch Krieg und Zusammenbruch hervorgerufene Not zu mildern. Zunächst geschah das durch eine innerdeutsche Selbsthilfe; je mehr aber die eigenen Quellen versiegt und das Ausland durch vorwiegend kirchliche — Organisationen helfend einruff, desto mehr verlagerte sich die materielle Hilfswerkarbeit auf die Verwertung der Auslandsspenden. Doch neben ihrer Verteilung bemüht sich das Hilfswerk auch, Flüchtlingen und Heimkehrern Unterkommen und Arbeit und vor allem Rußlandheimkehrern Erholungsmöglichkeiten zu vermitteln. Ein großer Prozentsatz der Auslandsspenden geht an kirchliche oder der Kirche nahestehende Altersheime, Krankenanstalten und Erholungsheime. Außerdem unterstützt das Hilfswerk in Freiburg die Notdürfte im Passivall durch beträchtliche Lebensmittellieferungen, um dort Bedürftigen ein kräftiges Essen — in leider immer noch beheimgläubigen Raum — zu bieten. Dazu einige Zahlen: Vom 1. Januar bis 30. September 1948 wurden durch das Evang. Hilfswerk 267.328 kg Lebensmittel, 43.812 kg Bekleidung und Schuhe in Südbaden verteilt. Davon 52.306 kg Lebensmittel in der Stadt Freiburg und der Notdürfte im Paulussaal, 22.636 Stück Bekleidung und Wäsche, 2511 Paar Schuhe in der Stadt Freiburg.

Für die zur Zeit aus Dänemark in Südbaden eintreffenden Flüchtlinge ist — ohne Unterschied der Konfession — eine Lebensmittellieferung von etwa 2 kg je Kopf als Empfangsgruß vorbereitet. Während das Evang. Hilfswerk vor der Währungsreform auch in zahlreichen Fällen durch Geldunterstützungen helfen konnte, ist diese Möglichkeit jetzt fast völlig ausgeschlossen. Trotzdem ist die finanzielle Beanspruchung des Hilfswerkes nach wie vor sehr groß, da der Transport der Auslandsspenden von Bremen oder Hamburg bis nach Südbaden, einschließlich der Umlade-, Kai-, Lager- und sonstiger Gebühren ebenso vom Hilfswerk getragen werden muß, wie die Verarbeitungs- und Transportkosten vom Ausland geschenkter Rohstoffe zu Bekleidung oder von Leder zu Schuhen, ein Programm, das jetzt langsam anläuft. Alle diese finanziellen Aufwendungen des Hilfswerkes, zu denen nicht zuletzt auch die Unterstützung des Hilfswerkes in der Ostzone gehört, können nur gemehrt werden aus den Spenden der Bevölkerung, an deren Gebefreudigkeit einmal jährlich — so auch in diesem Jahr zwischen dem 1. und 2. Advent — appelliert werden muß, wenn nicht die ganze Hilfswerkarbeit, die den Armen der Armen zugute kommt, eingestellt werden soll.

Freiburger Kulturspiegel

Volkslied und Volksmusik

Unter diesem Motto veranstalteten der von Rudolf Oskar Müller geleitete Freiburger Arbeiter-Sängerbund und der von Kammermusiker Emil Köhler dirigierte „Erste Freiburger Mandolin- und Gitarrenverein 1908“ ein Konzert, das Originalwerke und Bearbeitungen für sogenannte Mandolinen-Orchester und gemischte Chöre mit Begleitung gleicher Orchesterbesetzung bot. Einer anderweitiger Verpflichtung wegen konnten wir nur einen Teil des Programms hören. Das Orchester setzt sich aus Mandolinen, Gitarren, einigen Holzbläsern, Harfe, zwei Kontrabässen und Glockenspiel zusammen; von seinem sehr tüchtigen Dirigenten mit umsichtiger Präzision geleitet, gab es gleich in der schwungvollen d-moll-Ouvertüre Emil Köhlers Zeugnis sorgfältiger Einstudierung und freudigen Musizierens. Besonders schön gelang die „Melodie in sechs Formen“ von Konrad Wölki, einem vortrefflich gesetzten reizenden Variationen-Werk, das seinen inhaltlichen Höhepunkt in der entzückenden Kanon-Variation hat; seiner inneren Haltung nach steht dieses Opus freilich dem Begriff Kunstmusik näher als dem der Volksmusik. Der Arbeiter-Sängerbund stellte sich — erfreulicherweise — als ein gemachter Chor

dar mit beachtenswertem Stimmenmaterial in Sopran, Alt und Baß; die Tenöre bedürfen noch wesentlicher tonlicher Veredelung. Vorzüglichem Eindruck machte die im Auftreten wie im Singen feinstrahlende Chor-Disziplin. Wären müssen wir davor, flache, peinlich banale Stücke wie die Th. Rittersche „Musik am Abend“ ins Programm aufzunehmen; dergleichen Elaborate sind keineswegs Volksmusik, sondern geschmackverderbende schlechte Musik.

Wir wünschen den beiden Vereinen weiteres Fortschreiten und stets tatbereite Liebe zum gemeinschaftlichen Singen und Musizieren — die Voraussetzungen hierzu sind durchaus gegeben. Fr. W. L.

Vereinigung der Hebelfreunde

Bei einer Zusammenkunft der Hebelfreunde von Freiburg beleuchtete der Präsident des Hebelbundes Lörrach, Pfarrer Nutzinger, in einem Vortrag den dichterischen Werdegang des alemannischen Poeten Johann Peter Hebel und dessen Beziehung zu Freiburg. Ueber die Satzungen des Hebelbundes berichtete Schriftf. Klausner (Lörrach). Im Anschluß an die Vorträge wurde eine „Vereinigung der Hebelfreunde Freiburg im Hebelbund Lörrach“ gegründet. An ein starkes Vereinsgebilde ist dabei nicht gedacht, die Vereinigung will in zwingender Form die Freunde der Poesie Hebels um sich gruppieren und dafür auch bei der jüngeren Generation werben. Auf Anregung des nunmehrigen Ehrenbürgers Robert Grünbach wurde Schriftf. Franz Schewler zum Hebelvort der Vereinigung bestellt, zu Beiräten Bürgermeister Dr. Brandl, Schriftf. Dr. Meßel und der Leiter der Volkshochschule, Dr. Riemensperger.

Von den Städt. Bühnen

Die Städt. Bühnen geben am Dienstag, dem 30. November (6. Dienstag-Miete A), im Casino Bizets „Carmen“ und am gleichen Tag im Kammerspielhaus (Beginn 19.30 Uhr) Carl Zuckmayers „Des Teufels General“. Am Mittwoch, dem 1. Dezember, findet im Casino ein einmaliges Tanzgastspiel der ausgezeichneten früheren Berliner, Ilse Neudtner, statt. Die Künstlerin zeigt eine Reihe spanischer Tänze nach Musikern von de Falla, Albéniz, Turina, Rodrigo u. a. Am Flügel: Kurt Willich.

Ein besonderes musikalisches Ereignis für Freiburg bedeutet die für den 2. und 3. Dezember in der Halle Urachstraße 3 bevorstehende Aufführung von Ludwig van Beethovens IX. Sinfonie unter Mitwirkung des verstärkten städt. Orchesters, des Freiburger Domchors und des Operorchesters der Städt. Bühnen. Dirigent: GMD Wilhelm Schleuning. Die beiden Veranstaltungen finden im Rahmen der Konzertmiete A (am 2. Dezember)

Sport im Heimatbezirk

Table with 2 columns: Team names and scores. Includes Kreisliga Schwarzwald, Staffel 1 and 2, and Kreisliga Schwarzwald, Staffel 3 and 4.

Was bietet Freiburg?

Dienstag, den 26. November: Städt. Bühnen, Casino „Carmen“, 20 Uhr, Ende 23.30 Uhr. — Kammerspiele „Des Teufels General“, 19.30 Uhr, Ende 23.00 Uhr. Universität, Hörsaal 11, Frühling, Sommer, Herbst und Winter (Farblichbildervortrag, veranstaltet vom Schwarzwaldverein) 20 Uhr. Mittwoch, den 1. Dezember: Städt. Bühnen, Casino: Tanzgastspiel Ilse Neudtner, 20 Uhr, Ende 22 Uhr. Täglich: Lustspiele, Casino: „Die Glocken von St. Marien“, „Friedrichsbad“, „Die Erbin vom Rosenhof“, „Kandelholz“, „Der Eisenbaron“, — Ratmaner: „Die Liebe nach Tilsit“, — Union: „Variété“.

Studio Freiburg sendet

Dienstag, den 26. November 1948: 8.15: Morgenkonzert, ausgeführt vom Freiburger Rundfunkorchester unter Leitung von Franz Hauck. 8.15: Nachrichten aus Baden und Württemberg. 9.00: Sueddienst. 11.30: 15 Min. Volksmusik. 11.45 Uhr: Landfunk. 12.45: Die 1/2 Stunde der Gewerkschaften. 13.15: Musik Rundfunkorchester, unter Leitung von Franz Hauck. 14.15: Sueddienst. 18.15: „Gespensernacht“, alemannisches Hörspiel von Helene Zepf. 18.30: Nachrichten aus Baden und Württemberg. Mittwoch, den 1. Dezember 1948: 8.15: Nachrichten aus Baden und Württemberg. 9.00: Sueddienst. 11.30: Sang u. Klang aus dem Schwarzwald. 11.45: Die 1/2 Stunde für Württemberg und Hohenzollern. 12.15: Mittagskonzert, ausgeführt vom Freiburger Rundfunkorchester, unter Leitung von Franz Hauck. 12.45: Die Zeit im Gespräch. 14.45: Sueddienst. 19.15: Für den Heimatfreund. 19.45: In unserer Sendereihe „Soziale Fragen“ spricht Ministerialrat Dr. Rappenecker über „Mitbestimmung und Mitbestimmungsgesetz“ 19.55: Nachrichten aus Baden und Württemberg.

und Konzertmiete B (am 3. Dezember) statt. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Kammerspielhaus-Vorstellungen ab 1. Dezember nicht mehr wie bisher um 19.30 Uhr, sondern ebenfalls erst um 20 Uhr beginnen.

Neuer Protektor des deutschen Caritasverbandes

Freiburg. Am Festtag der hl. Elisabeth übernahm Dr. Wendelin Rauch im Werthmannhaus, dem Sitz der Deutschen Caritaszentrale, das Protektorat über den Deutschen Caritasverband. Prälat Dr. Kreuz begründete den hohen Gast, der als neuer bischöflicher Protektor den Präsidenten und seine Mitarbeiter ermunterte, im Geiste echter Caritas am schweren Werk der Notwendigen unserer Zeit unverzagt weiterzuarbeiten. Mit der Übernahme dieses Protektorates setzt Erzbischof Dr. Rauch eine seit einem halben Jahrhundert geübte Tradition fort: Die Erzbischöfe von Freiburg sind jeweils Referenten für Caritasfragen auf der Fuldaer Bischofskonferenz und als solche Protektoren des Deutschen Caritasverbandes.

Aus dem Gerichtssaal

Lina betrog und bestahl ihre Wohlthäter. Von dem ziemlich harmlosen Aussehen der 39 Jahre alten Lina H. darf man sich nicht täuschen lassen, denn sie versteht es nur zu gut, abgefelmte Diebstähle und Betrügereien zu drehen. Ohne Zuzugenehmigung in Freiburg verweilend, bestahl sie in heimtückischer Art solche Frauen, die ihr aus Mitleid Unterstützung gewährten, zu essen gaben oder Obdach darboten. Mit Vorliebe stibitzte sie Lebensmittelkarten, dann aber auch Wäsche, Bekleidungsstücke und Schmuck. Eine in dürftigen Verhältnissen lebende Sozialrentnerin wurde von ihr beschwatzt, 14 D-Mark zu leihen, wofür die H. drei Liter Speiseöl zu besorgen versprach. Sie verschwand mit dem Geld auf Nimmerwiedersehen, und daß ihr die H. vor dem Weggehen die Lebensmittelkarte und Wäsche geklaut hatte, merkte das arm Rentenweibchen erst nachher. — Das Schönheitsgericht verurteilte die H. zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, von der Untersuchungshaft gelten 2 Monate und 3 Wochen als verbüßt.

Wetterbericht im Südwestfunk

Der Südwestfunk Freiburg i. B. bringt von jetzt an wieder jeden Morgen nach den 8-Uhr-Kurzrichten einen Bericht über die Wetterlage und später auch über die Schneeverhältnisse auf dem Schwarzwald. Viele Hörer werden für diese Durchsage dankbar sein.

DER SPORTBERICHT

Oberliga Süd

VfB Mannheim - Kickers Offenbach 1:1
TSG Ulm - VfB Stuttgart 1:1
TSV Frankfurt - FC Augsburg 2:1

Table with 5 columns: Team, Goals, Assists, Points, etc. for VfB Mannheim, TSG Ulm, etc.

Oberliga West

Borussia Dortmund - Rotweiss Essen 2:2
FC Schalke 04 - Fortuna Düsseldorf 2:0
SpVg. Kalkenborn - Borussia Mönster 1:2

Oberliga Nord

TSV Braunschweig - SV Hamburg 2:2
Arminia Hannover - Werder Bremen 4:3
VfL Osnabrück - VfB Lübeck 1:1

Englischer Nebel lag über dem VfB-Platz, als vor 10.000 Zuschauern der wichtigste Kampf der süddeutschen Oberliga seinen Anfang nahm.

Im Westen liegen zwei Mannschaften im gelben Trikot an der Spitze der Tabelle, Borussia, zwar weiterhin ungeschlagen, führt vor der relativ beseren Hamburg 97, deren Spiel gegen Emacher ausfiel.

Im Norden war der Tabellenführer einer Revancheverpflichtung beim FC Nürnberg nachzukommen, der diese auch wahrnahm und die 1:0-Niederlage mit einem einwandfreien 7:1-Sieg klarierte.

Neulinge lösen sich in der Tabellenführung ab

Zonenliga (Gruppe Süd)
Singen - Villingen 2:1
Reutlingen - Schweningen 2:3

Die Tabellenspitze
Kaiserslautern 10 3 1 0 33:9 19
Worms 10 7 2 0 23:9 17

Für den klaren 1:0-Sieg des württembergischen Neulings in Friedrichshafen zeichnete in erster Linie der von dem Stuttgarter Kickers zugewanderte Halbrodit Laumann verantwortlich.

Landesliga Süd-Baden
Baden-Baden - Ottenau 2:1
Rheinfelden - Lahr 1:1

Das wichtigste Spiel der Landesliga in Südbaden fand in Rheinfelden statt, bereits nach wenigen Minuten schossen die Einheimischen ihren Treffer.

Das wichtigste Spiel der Landesliga in Südbaden fand in Rheinfelden statt, bereits nach wenigen Minuten schossen die Einheimischen ihren Treffer.

Die Tabellenspitze
Tübingen 11 5 4 2 16:11 14
Fortuna Freiburg 11 5 3 3 23:13 15

Landesliga Nord-Baden
VfR Pforzheim - Phoenix Karlsruhe 1:1
Knielingen - Sandhofen 0:0

Nach dem knappen 1:0-Sieg des Meisters in Gengenhausen leistete er sich am vergangenen Sonntag wiederum ein sensationelles, indem ein in der 44. Minute durch Christmann erzieltes Tor zum Gewinn beider Punkte ausreichte.

Drei angesetzte Spiele konnten in Nord-Baden nicht ausgetragen werden, weil der Nebel zu dicht über den Sportplätzen lag.

VfB Mühlburg - FC Schweinfurt 0:0
In Mühlburg waren die Platzbesitzer zwar meist tomschüchtern, doch glückte ihnen kein Erfolg.

Nach dem knappen 1:0-Sieg des Meisters in Gengenhausen leistete er sich am vergangenen Sonntag wiederum ein sensationelles, indem ein in der 44. Minute durch Christmann erzieltes Tor zum Gewinn beider Punkte ausreichte.

Als zweite waldgrüne Stadt eröffnete Köln im wiedererrichteten Eis- und Schwimmstadion seine Eisporttoren.

Die erste Halbzeit verlief ausgeglichen. Zu Beginn der zweiten Hälfte hatte die Platzhölle mehr vom Spiel. Mannheim kam oft gefährlich in der Mitte und auf der rechten Flanke durch Schüsse von Osi Rober, Lipponer und Hüfing gingen aber ins Aus oder wurden von Zahn gehalten.

Nach dem knappen 1:0-Sieg des Meisters in Gengenhausen leistete er sich am vergangenen Sonntag wiederum ein sensationelles, indem ein in der 44. Minute durch Christmann erzieltes Tor zum Gewinn beider Punkte ausreichte.

Als zweite waldgrüne Stadt eröffnete Köln im wiedererrichteten Eis- und Schwimmstadion seine Eisporttoren.

Kickers Offenbach 10 3 2 5 20:24 20
TSV Mündchen 1999 11 5 2 2 25:14 14

Nach dem knappen 1:0-Sieg des Meisters in Gengenhausen leistete er sich am vergangenen Sonntag wiederum ein sensationelles, indem ein in der 44. Minute durch Christmann erzieltes Tor zum Gewinn beider Punkte ausreichte.

Als zweite waldgrüne Stadt eröffnete Köln im wiedererrichteten Eis- und Schwimmstadion seine Eisporttoren.

In der Zeit vom 8. bis 11. Dez. findet in unserer Werkstätte

am Mittwoch, 1. Dezember 1948, abends 8 Uhr im Gasthaus „Zum Felsen“

Nikolaus-Krämermarkt am 1. Dezember 1948 in Heberlingen

TSINGEN b. Emmendingen TSCHEULIN-WERK II

Es spricht: Bürgermeisterkandidat Hermann Birr ermeister über das Thema: Die Aufgaben der Gemeindeverwaltung von Engen

Zu zahlreichem Besuch wird eingeladen

FORD CANADA LKW. 4,5 to.

Demokratische Partei - Ortsverein Engen

Wie blenden über Eisflächen...

Warum husten Sie?

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

BERGONA

Sonderangebot: Damen-Winter-Mantel reine Wolle 89.-

WEIHNACHTSEINKÄUFE BEGINNEN

Regie des Transports de Bade

Freiburg i. Br.

Der Einkauf von Geschenken wird nicht bis zur Weihnachtswoche hinausgeschoben.

LIENEN 3-10-LKW-Kipp-Anhänger

Freiburg i. Br.

WEIHNACHTSANGEBOT IN DER ZEITUNG „DAS NEUE BADEN“

Warum husten Sie?

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

BERGONA

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

Warum husten Sie?

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

BERGONA

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

Warum husten Sie?

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

BERGONA

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

Warum husten Sie?

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

BERGONA

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

Warum husten Sie?

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

BERGONA

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

Warum husten Sie?

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

BERGONA

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

Warum husten Sie?

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

BERGONA

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

Warum husten Sie?

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

BERGONA

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

Warum husten Sie?

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

BERGONA

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

Warum husten Sie?

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

BERGONA

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS

Warum husten Sie?

Freiburg i. Br.

ANZEIGENSCHLUSS